Berghof Foundation (BF)

Unter dem Radar: Protest und Mobilisierung gegen Geflüchtetenzuzug

*Ergebnisse der MOTRA-Expert*innenbefragung 2023/2024*

Michaela Glaser

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund eines wieder erstarkten Fluchtaufkommens, von kommunalen Überlastungsanzeigen und Debatten um Zuzugsbegrenzungen kam es in 2023 wieder verstärkt zu Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten.

*Basierend auf einer bundesweiten Expert*innenbefragung im Herbst/Winter 2023 skizziert der Beitrag die Konturen dieses Protestgeschehens und zeigt regionale Unterschiede sowie Kontinuitäten und Veränderungen seit der Protestwelle 2016/2017 auf. Es werden Proteste befördernde und Protesten entgegenwirkende Faktoren identifiziert sowie mögliche längerfristige sozialräumliche Folgen dieser Entwicklungen benannt.*

Stichworte

Geflüchtete | Protest | Polarisierung | Rechtsextremismus

Einleitung

Vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges und eines insgesamt erstarkten Fluchtaufkommens, von kommunalen Überlastungsanzeigen und parteiübergreifenden Forderungen nach Zuzugsbegrenzungen kam es in verschiedenen Regionen Deutschlands im Jahr 2023 erstmals seit der Protestwelle 2015–2017 wieder zu einem Anstieg von Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Dabei handelte es sich um ein Protestgeschehen, das weitgehend „unter dem Radar" der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit stattfand. Über einzelne, besonders zugespitzte Fälle wurde in den Medien zwar durchaus ausführlich berichtet; insgesamt blieben Proteste gegen Flüchtlingszuzug im Jahr 2023 jedoch ein eher randständiges Thema, das schnell wieder von anderen, innen- wie weltpolitischen Krisen und Konfliktthemen überlagert wurde.

Es liegen bisher auch kaum empirische Erkenntnisse zu diesen Ereignissen, ihren konkreten Dimensionen und relevanten Dynamiken vor, die eine genauere Einordnung ermöglichen würden. Zugleich artikulieren im Handlungsfeld tätige Praktiker*innen ein Interesse daran, mehr Wissen zu diesen Prozessen, insbesondere auch in vergleichender, einzelne Ereignisse übergreifender Perspektive, zu erhalten.[1]

Vor diesem Hintergrund widmete sich die regionale MOTRA-Expert*innenbefragung 2023/2024, realisiert vom MOTRA-Modul der Berghof Foundation, dem Thema „Proteste und Mobilisierungen gegen Geflüchtetenzuzug".[2] Gemäß der übergeordneten Zielstellung des MOTRA-Projekts interessierten dabei besonders jene Aspekte des Protestgeschehens, die demokratie- und menschenfeindliche sowie dezidiert extremistische Ausprägungen umfassen oder aber das Potenzial bergen, entsprechende Radikalisierungen in Teilmilieus der Proteste (weiter) zu befördern.

---

[1] *Der Schwerpunkt der Erhebung 2023 wurde durch Praktiker*innen angeregt, die bereits in der regionalen Erhebung des Vorjahres ein Wiedererstarken der Proteste prognostizierten und ein Interesse an einem Vergleich mit dem Protestgeschehen 2015 – 2017 formulierten. Auch in der vorgeschalteten Kurzbefragung (siehe Abschnitt „Konzeption") wurde ein solcher Vergleich als interessierende Forschungsfrage benannt.*

[2] *Als „Protest gegen Geflüchtetenzuzug" wurden sowohl verbale als auch handelnde Positionierungen gefasst, die eine Gegnerschaft gegen eine geplante oder bereits umgesetzte Unterbringung von Geflüchteten in einem bestimmten Sozialraum zum Ausdruck bringen. Unter „Mobilisierung" wurden Aktivitäten verstanden, die auf die Agitation und Gewinnung weiterer Protestakteure abzielen.*

Ziel war es, mithilfe einer qualitativen Befragung[3] unter feldkundigen Akteuren erste Einblicke in das Themenfeld zu erhalten sowie weitergehenden Forschungsbedarf zu identifizieren.

Konzeption und zentrale Ergebnisse dieser explorativen Studie werden in diesem Beitrag vorgestellt.

Konzeption der Studie

Ausgangssituation, Wissens- und Forschungsstand

Der unter anderem aus dem syrischen Bürgerkrieg resultierende „lange Sommer der Migration" (Hess u. a., 2016) im Jahr 2015, in dem sich die bundesdeutsche Gesellschaft mit einem so noch nicht erlebten Fluchtaufkommen konfrontiert sah, löste einerseits eine breite Welle der Hilfsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung aus. Andererseits entwickelte sich aber auch bundesweit, mit Schwerpunkten in verschiedenen ostdeutschen Regionen, ein bis in das Jahr 2017 hineinreichendes Protestgeschehen, das zeitweise eine sehr ausgeprägte Dynamik aufwies und in dem rechtsextreme Akteure – in regional unterschiedlicher Weise – eine bedeutsame Rolle spielten. In einigen Studien wurden diese Proteste bereits dokumentiert und analysiert (Aumüller/Daphi/Biesenkamp, 2015; Eckardt, 2018; Rucht, 2018; Sauer/Vey, 2015); auch wurden verschiedentlich Praxiserfahrungen im Umgang mit diesen Ereignissen dokumentiert und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen für Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft formuliert (Chung/Bryant, 2014; Dürr, 2016; Klein, 2016; Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, 2016).

In den zurückliegenden Jahren war es in dieser und um diese Protestarena wieder ruhiger geworden. Im Rahmen der regionalen MOTRA-Expert*innenbefragung 2022/2023 (Glaser, 2023) wurde allerdings mehrfach die Einschätzung formuliert, dass Proteste gegen Geflüchtetenzuzug und -unterbringung in den kommenden Monaten erneut erstarken könnten.

[3] *Ich danke Justin Nader für seine vielfältige Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Erhebung.*

Hinweise auf entsprechende Entwicklungen liefern auch die medienbasierte Protestanalyse des MOTRA-Moduls des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB), die für 2023 erstmals seit 2016 wieder einen Anstieg von Berichten zu Protesten im Themenfeld erfasst (Hutter u. a., 2024) sowie die Erfassung von Anti-Geflüchteten-Kundgebungen durch den Verfassungsschutz, die für 2023 ebenfalls einen deutlichen Anstieg verzeichnet. Die Kriminalitätsstatistik des Bundeskriminalamts wiederum weist für 2023 eine Steigerung der Straftaten gegenüber Geflüchteten (2 488 Fälle, davon 321 Gewalttaten) um 75 %, und gegenüber Unterkünften (179 Fälle) um 50 % gegenüber dem Vorjahr aus (BKA 2024).[4]

Diese Datenquellen sind in ihrer Aussagereichweite allerdings jeweils erhebungsspezifisch begrenzt: so stützen sich die WZB-Daten auf Medienberichte, weshalb hier nur Geschehnisse, die mediale Aufmerksamkeit fanden, erfasst sind; sie ermöglichen zudem keine regionale Differenzierung des Protests. Die Daten des Verfassungsschutzes beschränken sich auftragsbedingt auf Kundgebungen „die dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) unterliegen", was voraussetzt, dass als extremistisch eingestufte Akteure in relevanter Zahl und mit „prägenden Einfluss auf das Demonstrationsgeschehen" beteiligt sind (Deutscher Bundestag, 2023). So sind etwa AfD-initiierte Demonstrationen nur für jene Bundesländer erfasst, in denen die Partei zum Erhebungszeitpunkt als rechtsextrem eingestuft war. Zudem zeigten bereits punktuelle Medienrecherchen im Vorfeld dieser Studie, dass selbst Kundgebungen, an denen Medienberichten zufolge rechtsextreme Akteure erkennbar mitwirkten, in dieser Statistik teilweise nicht erfasst sind. In der Statistik des Bundeskriminalamts wiederum werden ausschließlich direkte Übergriffe auf Geflüchtete sowie auf deren Unterkünfte dokumentiert. Andere Facetten der Proteste, die etwa im digitalen Raum, im sozialen Nahraum oder unter der Schwelle der Straffälligkeit und Verfassungsfeindlichkeit angesiedelt sind, geraten dagegen in bisherigen Erhebungen kaum in den Blick.

[4] *Während die Attacken auf Unterkünfte damit nach wie vor deutlich hinter den Zahlen von 2015 (1047 Straftaten) zurückblieben, erreichten die Angriffe auf Personen beinahe wieder das bisherige Höchstniveau in 2015 (tagesschau.de 2023).*

Darüber hinaus mangelt es an vertieftem Wissen zu regionalen Unterschieden, zu protestauslösenden und -befördernden Faktoren oder zum Verhältnis von Rechtsaußen-Akteuren und ‚normaler' Bevölkerung in diesen Protesten. Insofern sind bislang auch keine differenzierten Aussagen dazu möglich, inwiefern sich die Proteste im Jahr 2023 von der Protestwelle in 2015 und den Folgejahren unterscheiden oder welche Radikalisierungsdynamiken mit dem 2023er Protestgeschehen verbunden sind.

Forschungsfragen und methodisches Vorgehen

Die oben skizzierten Leerstellen im Themenfeld „Proteste gegen Geflüchtetenzuzug" standen im Zentrum der Befragung, die die Berghof-Foundation im Rahmen des MOTRA-Projekts im Herbst/Winter 2023 durchführte. Die übergeordneten Forschungsfragen lauteten wie folgt:

- Wie manifestiert sich Protest gegen Geflüchtetenzuzug in 2023?
  - Welche regionalen Unterschiede und übergreifenden Tendenzen zeigen sich?
  - Welche Veränderungen im Vergleich zu 2015 und den Folgejahren werden erkennbar?
- Was befördert diese Proteste und was wirkt ihnen entgegen?
  - (Inwiefern) zeigen sich hier gegenüber 2015 Lernprozesse im Umgang?

Die Erhebung wurde als qualitative Interviewstudie konzipiert, der eine Dokumentenanalyse[5] sowie acht Kurzinterviews mit Mitarbeitenden von Landesdemokratiezentren (LDZ) bzw. an diesen Zentren angesiedelten Beratungsprojekten gegen Rechtsextremismus[6] vorangestellt wurden. Diese vorgeschalteten Aktivitäten dienten dazu, unterschiedliche – das Protestaufkommen wie auch involvierte Akteure betreffende – regionale Konstellationen zu identifizieren, um ein ausgewogenes Sample zu bilden. Die Interviewten wurden außerdem nach sie interessierenden Erhebungsthemen gefragt und steuerten zusätzliche Kontakte zu feldkundigen Interviewpartner*innen bei.

[5] *Analysiert wurden Medienberichte, Kleine Anfragen sowie Statistiken von Behörden und Nichtregierungsorganisationen, die verschiedene Facetten des Protestgeschehens zum Thema hatten.*

[6] *Mit Ausnahme eines neu hinzugekommenen Akteurs des Demokratiezentrums Thüringen handelte es sich um Mitwirkende des regionalen Expert*innen-Pools „Rechtsextremismus", die bereits in der regionalen Erhebung des Vorjahres befragt wurden (vgl. Glaser 2023; zum Tätigkeitsfeld der LDZ siehe auch BMFSFJ 2021).*

Den Kern der Erhebung bildeten 12 leitfadengestützte Expert*inneninterviews von 1.5 bis 2.5 Stunden Länge, an denen insgesamt 13 Akteure aus zehn Bundesländern[7] teilnahmen. Bei den befragten Expert*innen handelte es sich überwiegend um Mitarbeitende sogenannter Mobiler Beratungen gegen Rechtsextremismus, die Kommunen und Ehrenamtliche im Engagement gegen menschen- und demokratiefeindliche Prozesse beraten (vgl. Bundesverband Mobile Beratung, 2024) und in diesem Rahmen auch Einblicke in das Protestgeschehen haben; außerdem wurden zwei Vertreter*innen von Initiativen für Geflüchtete interviewt. Alle Befragten waren seit mehreren Jahren in diesen Arbeits- beziehungsweise Engagementfeldern aktiv; mehrheitlich konnten zudem Akteure gewonnen werden, die bereits 2015 im jeweiligen Bundesland in diesen Bereichen arbeiteten und so den Vergleich aus eigener Erfahrung ziehen konnten[8]. Auch wurde darauf geachtet, sowohl Regionen im Sample zu haben, in denen sich vor zehn Jahren und erneut im Erhebungsjahr ein verstärktes Protestgeschehen zeigte, als auch Regionen, in denen es 2015 viele Proteste gab, 2023 jedoch im Vergleich zu anderen Regionen weitgehend ruhig blieb.

Für die Befragung wurde eine Mischform aus narrativem und strukturiertem Einzelinterview, angelehnt an das problemzentrierte Interview von Witzel (1982), gewählt. Die Fragen wurden offen und erzählgenerierend formuliert (vgl. Helfferich, 2005/2015), der Leitfaden wurde sehr flexibel, in Anpassung an den Gesprächsverlauf, eingesetzt.

Zusätzlich zu diesen ausführlichen Gesprächen gingen ein telefonisches Kurzinterview mit einem Flüchtlingsrat sowie für Nord-Rhein-Westfalen –

---

[7] *An der Befragung wirkten Mitarbeitende folgender Organisationen mit: Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg; demos – Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung, Mobiles Beratungsteam Brandenburg; Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.; Jetzt e.V., Mobiles Beratungsteam Mittelhessen; Kulturbüro Sachsen e.V., Mobile Beratung Sachsen; Stiftung SPI Berlin, Mobiles Beratungsteam Berlin und Kommunales Konfliktmanagement; NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln; Wabe e.V., Mobile Beratung Niedersachsen; Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz; Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus, Mobile Beratung Bayern; Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg; Move on – menschen.rechte Tübingen e.V. Für ihr zeitliches Engagement und ihre geteilte Expertise sei allen Beteiligten hier herzlich gedankt.*

[8] *Acht Befragte waren bereits 2015 im aktuellen Arbeitsfeld tätig, zwei weitere seit 2017. Zwei Befragte hatten ihre aktuelle Position erst seit 1 bis 2 Jahren inne; beide waren jedoch beruflich oder ehrenamtlich bereits in 2015 im Themenfeld engagiert. Eine befragte Person war erst wenige Jahre im Bundesland tätig; hier wurden zusätzliche Einschätzungen eine*r bereits in 2015 beschäftigten Team-Kolleg*in eingeholt.*

das mit Abstand größte Bundesland – eine ergänzende schriftliche Abfrage unter weiteren Mobilen Beratungen in die Auswertung ein.

Die Auswertung erfolgte in Orientierung an inhaltsanalytischen Verfahren in einer Kombination aus deduktivem und induktivem Vorgehen (vgl. Schreier, 2014, Steigleder, 2008). Die zentralen Ergebnisse wurden von den Befragten im Frühsommer 2024 in einer gemeinsamen Runde kommunikativ evaluiert (vgl. Meyer, 2018). Von Mitwirkenden, die zu diesem Termin verhindert waren, wurden schriftliche Rückmeldungen eingeholt. Zudem wurde bei diesen Gelegenheiten der aktuelle Stand des Protestgeschehens erfragt.

In den folgenden Abschnitten werden zunächst die Konturen des von den Befragten berichteten Protestgeschehens in 2023 skizziert und dabei jeweils erkennbar werdende Differenzen zum Zeitraum 2015 bis 2017 benannt. Anschließend werden die Einschätzungen der Befragten zu Protestanlässen sowie zu protestbefördernden und -hemmenden Faktoren vorgestellt sowie einige in der vergleichenden Analyse sich andeutende Zusammenhänge diskutiert.

Konturen des Protests

Weniger Dynamik als 2015, aber erkennbarer Anstieg

Die Ergebnisse des medienbasierten MOTRA-Monitorings stützend, zeigte sich in der Gesamtschau der Befragung für 2023 ein Protestaufkommen gegen Geflüchtetenunterbringung, das zwar nicht annähernd den Umfang und die eskalativen Dimensionen von 2015 und den Folgejahren erreichte, jedoch – in regional unterschiedlicher Ausprägung (siehe unten) – insgesamt deutlich höher ausfiel als in den Vorjahren. Dieses Protestgeschehen nahm Anfang 2023, in manchen Regionen schon im Herbst 2022, seinen Anfang und ging zum Ende des Jahres 2023 und in 2024 wieder merklich zurück.[9]

[9] *Bei der Validierungsdiskussion im Juni 2024 wurde die Situation regionenübergreifend als deutlich ruhiger beschrieben, wenn auch aus den Schwerpunktregionen des Protests (siehe Abschnitt „Regionale Verteilung") von weiterhin existenten Spannungen berichtet wurde. Als ein Grund für diese Entwicklung wurden die EU-weit beschlossenen Verschärfungen angeführt. Als ein weiterer Grund wurde benannt, dass – ausgehend von höheren Prognosen – in 2023 mehr Kapazitäten geschaffen wurden, als de facto gebraucht wurden, weshalb es in den Folgemonaten kaum Neuerrichtungen gab (vgl. Abschnitt „Anlässe").*

Protestfacetten

Auf die Frage, wie sich Proteste gegen Geflüchtetenunterbringung in ihrem Bundesland äußern, wurde von den Expert*innen ein Spektrum unterschiedlicher Protestformen benannt.

Unorganisierter, individueller Protest: Berichtet wurden zum einen diverse (dem Erscheinen nach) unorganisierte Protestartikulationen wie Protestschreiben von Privatpersonen an Entscheidungsträger*innen, Leser*innenbriefe, Kritik und Unmutsäußerungen auf Informationsveranstaltungen oder ablehnende Positionierungen im sozialen Nahraum.

Organisierter Protest: Geschildert wurde des Weiteren ein Spektrum stärker organisierter Protestmanifestationen, die von Unterschriftenaktionen und Social-Media-Kampagnen über rechtliche Einsprüche bis hin zu Bürgerbegehren reichten. Dabei waren diese Aktivitäten häufig verbunden mit der Gründung von Bürgervereinen. Aus einigen in der Erhebung erfassten Bundesländern wurde zudem von themenbezogenen Kundgebungen und Demonstrationen auf lokaler Ebene berichtet. Überregionale oder gar bundesweite Mobilisierungen wurden dagegen nicht benannt.

Problematischer Protest

Gefragt wurde zudem nochmals gezielt nach – aus Sicht der Interviewten – problematischen Dimensionen dieses Protestgeschehens. Hierzu wurden folgende Aspekte benannt:

Rassistische Inhalte: Problematisiert wurde zum einen, dass auf Informationsveranstaltungen zum Thema oder in öffentlichen Verlautbarungen häufig auch deutlich rassistisch gefärbte Positionen vertreten würden. Dies gelte vor allem in Bezug auf männliche Geflüchtete und nochmal besonders für Personen aus muslimisch geprägten Ländern, denen pauschal eine erhöhte Kriminalitäts- und Gewaltneigung[10] unter-

[10] *Die kriminologische Forschung ist sich einig, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft gibt. Neben (jugendlichem) Alter und (männlichem) Geschlecht als in allen Gesellschaften gleichermaßen relevanten Faktoren gelten vor allem die Lebensumstände als maßgebliche Erklärungsvariable für eine erhöhte Kriminalitätsrate einzelner Gruppen (Walburg 2020). Eine Studie zur Kriminalitätsbelastung speziell von Geflüchteten konnte außerdem zeigen, dass die Bleibeperspektive einen wesentlichen Einfluss hat (Glaubitz/Blissener, 2019).*

stellt werde – und zwar nicht nur von Rechtsaußen-Akteuren, sondern auch von ‚ganz normalen' Bürger*innen. Als problematisch wurden dabei sowohl die vertretenen Vorurteile erachtet, als auch die teils sehr herabwürdigende Sprachwahl. So berichtete ein*e Befragte im Rahmen der Vorerhebung von einer Bürgerversammlung, bei der sich der anwesende Landrat zu der Äußerung veranlasst sah: „man spricht hier immer noch über Menschen" [Vor_6].

Eskalierte Veranstaltungen: Berichtet wurde zudem von Eskalationen auf Bürgerversammlungen in Gestalt verbaler Ausfälle sowie zum Teil auch körperlicher Bedrohungen von Personen. So mussten etwa in einem geschilderten Fall Geflüchtete, die an einer Podiumsveranstaltung zum Thema teilnahmen, unter Polizeischutz aus dem Saal geleitet werden. Auf einer anderen Veranstaltung war es der Bürgermeister, der vor Übergriffen der Teilnehmenden geschützt werden musste. Aus zwei Bundesländern wurden zudem Fälle berichtet, in denen Demonstrierende versuchten, eine Stadtrats- bzw. eine Kreistagssitzung zu stürmen.

Beleidigungen und Bedrohungen: Als eine weitere problematische Facette wurden Fälle von verbaler und schriftlicher Hassrede gegenüber Mandatsträger*innen genannt sowie die Folgen, die diese für die betroffenen Personen haben. So berichtete ein*e Befragte aus der eigenen Beratungspraxis: „und die Auswirkungen sind die, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sagen: Ich gehe halt morgens jetzt, ich gehe ums Auto rum und ich gucke, ob die Radmuttern gewechselt sind" (Int10, Z. 415–417). In einem anderen geschilderten Fall wurde eine Bürgermeisterin, die sich für Geflüchtete positionierte, so stark gemobbt, dass sie krankgeschrieben wurde und ihr Amt niederlegen musste.

Benannt wurden aber auch Beleidigungen und Bedrohungen von ehrenamtlichen Helfer*innen, sowohl im digitalen als auch im analogen Raum. In einem Interview wurde von Ehrenamtlichen berichtet, die auf dem Weg zum Flüchtlingsheim bespuckt wurden. In einem anderen Fall wurde einer Frau, die sich pro Geflüchtete positionierte, eine tote Katze vor die Tür gelegt. Geschildert wurden zudem Fälle von Engagierten, deren Privatadressen ins Netz gestellt wurden (Doxing) oder bei deren Arbeitsstelle angerufen wurde, um gegen die betroffenen Personen zu agitieren. Aus Sicht eine*r Expert*in hätten die Anfeindungen von Ehrenamtlichen damit

auch „nochmal eine ganz andere Qualität an Bedrohung“ (Int6, 956-959) erreicht, bei der nicht so sehr die Angst von körperlichen Übergriffen, sondern das Eindringen in das Privatleben im Zentrum stehe.

Zum geschilderten Bedrohungsspektrum gehörten zudem Aufmärsche vor Privathäusern von Entscheidungsträger*innen sowie von Personen, die Liegenschaften für Unterkunftszwecke vermieten oder verkaufen wollten.[11]

Schulterschluss mit Rechtsaußen: Schließlich wurden auch eine teilweise mangelnde Abgrenzung gegenüber beziehungsweise ein mancherorts gemeinsames Agieren mit Rechts-Außen-Akteuren auf Veranstaltungen und in Kampagnen benannt sowie die Übernahme extrem rechter Argumente und Begrifflichkeiten in bewohnerinitiierten Protesten. Als ein Beispiel für Letzteres wurde der von Rechtsextremen geprägte Begriff der Re-Migration[12] angeführt, der bereits im Jahr 2023 in lokalen Protesten verwendet worden sei. Die genannten Entwicklungen fanden sich den Expert*innen zufolge vor allem in jenen Fällen, in denen Protest stärker organisierte, dauerhaftere Formen annahm und überregionale Ausstrahlung entwickelte. Hier deutet sich die Fortführung einer Tendenz an, die bereits im Rahmen der Corona-Proteste erkennbar wurde (Glaser 2023; Grande u. a., 2021).

Veränderungen zu 2015

Im Vergleich zu den Jahren 2015 und danach zeigten sich in den Schilderungen gewisse Verschiebungen der relevanten Protestarenen.

Weniger Kundgebungen zum Thema, mehr multi-thematischer Protest: Als ein Unterschied zu den Jahren 2015 bis 2017 wurde zunächst Regionen übergreifend eine deutlich geringere Zahl an Kundgebungen und

[11] *Laut einem Medienbericht zog in einem der berichteten Fälle die ursprünglich verkaufsbereite Person unter anderem aufgrund von Bedrohungen ihr Verkaufsangebot an die Kommune zurück (WDR aktuell vom 01.08.23, https://www.youtube.com/watch?v=JhQBAK_2pAk).*

[12] *Breiter bekannt wurde dieser Terminus Anfang 2024, als Campact seine Recherchen zum sogenannten ‚Potsdamer Treffen‘ führender Rechtsaußen-Akteure veröffentlichte, auf dem das Konzept der Re-Migration eine zentrale Rolle spielte. Gemeint ist damit eine umfassende Umsiedlung hier lebender Menschen mit Migrationsgeschichte (auch solcher mit deutscher Staatsbürgerschaft) in ihre familialen Herkunftsländer.*

Demonstrationen hervorgehoben, die sich dezidiert auf das Thema „Geflüchtetenunterbringung" beziehen. Zugleich wurde die Entstehung eines multi-thematischen Protestgeschehens (analog wie online) konstatiert, in dem die Themen „Flucht" und „Migration" mit anderen aktuellen Konfliktthemen, wie Inflation, Ukrainekrieg, Heizungsgesetz oder Pandemie-Aufarbeitung, gemeinsam verhandelt werden.

Institutionalisierungen: Einzelne Expert*innen äußerten auch die Einschätzung, dass häufiger institutionalisierte Wege beschritten würden, etwa durch das Einreichen von Klagen oder auch in Gestalt von Bürgerbegehren. (Andere Befragte sahen jedoch keine entsprechenden Tendenzen.) Benannt wurde zudem eine Institutionalisierung dahingehend, dass die AfD dort, wo sie in gewählten politischen Strukturen vertreten sei, das Thema „Fluchtmigration" regelmäßig in diese Strukturen einbringe – und damit, so ein Befragter, auch als „Treiberin" (Int5, Z. 85) des Diskurses zu (Flucht)Migration in den institutionalisierten politischen Strukturen fungiere.

Zunahme von Hate Speech: Des Weiteren wurde interviewübergreifend konstatiert, dass sich die generell festzustellende Zunahme von Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber Mandatsträger*innen (Imbusch/Steg 2022; zu aktuellen Entwicklungen auch Bitschnau/Eberspach 2024) sowie gegenüber Ehrenamtlichen auch im Zusammenhang mit dieser Thematik zeige.[13] Dabei wurde in jenen Regionen, aus denen insgesamt ein erhöhtes Protestaufkommen zum Thema „Geflüchtetenunterbringung" berichtet wurde, dieser Thematik auch bei Hassrede-Delikten ein zentraler Stellenwert zugesprochen. Für Regionen mit weniger ausgeprägtem Protestgeschehen wurde dem Thema dagegen bescheinigt, in diesem Deliktbereich ‚nur' als ein Triggerthema neben anderen zu fungieren (explizit benannt wurden hier die Themen „gendergerechte Sprache" und „Klimapolitik"). Berichtet wurde zudem, dass auch bei dieser Protestform, analog zum multithematischen Demonstrationsgeschehen, häufig mehrere politisch strittige Themen zugleich ‚verhandelt' würden.

[13] *Ein*e Befragte*r merkte in diesem Zusammenhang an, dass hier möglicherweise auch eine höhere Sensibilisierung und veränderte Meldebereitschaft eine Rolle spiele. Bezüglich der Bereitschaft speziell von Mandatsträger*innen, erlebte Angriffe zu thematisieren, wurden aus den erfassten Bundesländern allerdings sehr unterschiedliche Erfahrungen berichtet. So wurde einem Bundesland bescheinigt, dass es dort inzwischen eine breite Thematisierung und funktionierende Austauschstrukturen von Betroffenen gäbe; in einem anderen wurde das Thema dagegen als stark tabuisiert wahrgenommen und eine Haltung des ‚Einzelkämpfertums' konstatiert.*

Regionale Verteilung

Das berichtete Protestgeschehen erwies sich als regional sehr unterschiedlich ausgeprägt; die Angaben zu einzelnen Bundesländern reichten von „nicht so stark der Fall (Int2, Z. 54–55)" über „kein großes Protestgeschehen landesweit (…). Es gab immer einzelne lokale Demonstrationen" (Int9, Z. 67–70) bis zu „in einzelnen Regionen ganz massive Kundgebungen" (Int6, 59–60). Insgesamt lassen sich die erfassten Bundesländer hinsichtlich der berichteten Proteststärke in drei Gruppen einteilen:

Geringes Protestgeschehen: Aus diesen Bundesländern wurden für 2023 keine Kundgebungen und Demonstrationen berichtet. Das Thema sei zwar in Social Media präsent gewesen, auch habe es einzelne Bürgerversammlungen mit aufgeladener Atmosphäre, Unterschriftenlisten sowie vereinzelt Drohmails und -briefe gegeben. Die Gesamtsituation wurde jedoch als weitgehend unverändert gegenüber den Vorjahren eingeordnet; es wurde kein Anstieg von Vorfällen konstatiert. Diese Gruppe umfasste die im Interviewsample enthaltenen Länder Berlin, Niedersachsen und Hessen. Mit Blick auf Kurzinterview und Medienrecherche der Vorerhebung lässt sich hier auch – als einziges ostdeutsches Bundesland – Sachsen-Anhalt einordnen; zu diesem konnte jedoch kein ausführliches Interview geführt werden, weshalb die Zuordnung unter Vorbehalt erfolgt.

Leichte Zunahme von Protest: Eine weitere Gruppe versammelt Bundesländer, aus denen einzelne Kundgebungen berichtet wurden. Außerdem wurden verstärkt Vorkommnisse auch bei den anderen benannten Protestfacetten wie Unterschriftenkampagnen, eskalierte Bürgerversammlungen und Drohungen gegen Amtspersonen und Engagierte wahrgenommen. Allerdings wurden diese Ereignisse weiterhin als im Umfang begrenzt eingeordnet und insgesamt nur eine leichte Zunahme entsprechender Vorkommnisse konstatiert. Dieser Gruppe wurden aus dem Sample Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Brandenburg zugeordnet.

Erhöhter, teils eskalierter Protest: In der dritten Gruppe schließlich sind jene Länder vertreten, zu denen über mehrere Monate des Jahres 2023 hinweg ein deutlich gesteigertes Protestgeschehen in allen beschriebenen Protestfacetten geschildert wurde. In allen diesen Ländern kam es zudem,

wenn auch regional begrenzt, teilweise zu stark eskalierten Vorfällen. Diese Gruppe umfasst die im Sample vertretenen Bundesländer Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern.

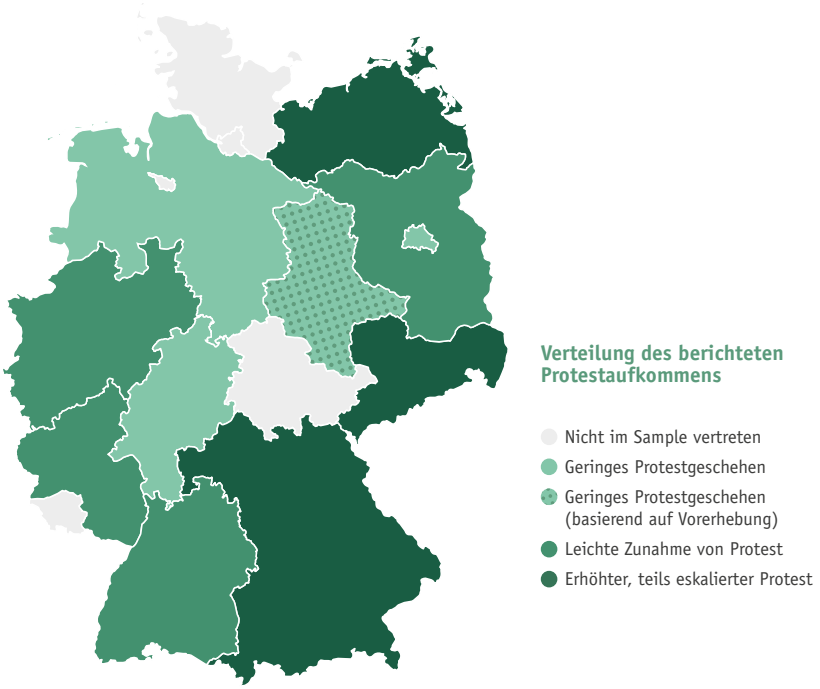


Abbildung 1: Die Grafik zeigt die regionale Verteilung der Proteste in den erfassten Bundesländern auf Basis der Interviewschilderungen. Da viele Befragte betonen, dass ihre Einblicke sich nicht auf systematische Erfassungen stützen und insofern auch nicht alle Vorfälle beinhalten, wurde anstelle eines detaillierten Rankings nur eine grobe Clusterung vorgenommen.

Schwerpunktregionen des im Sample erfassten Protestgeschehens lagen demnach in einigen geografisch östlichen Bundesländern, einschließlich Bayern.

Der vergleichende Blick auf das Protestaufkommen in 2015 und den Folgejahren lässt hier teilweise Kontinuitäten sichtbar werden. So wurde für Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern von den Befragten bereits für die damalige Zeit ein ausgeprägtes Protestaufkommen benannt. Ebenfalls war es in Sachsen-Anhalt, zumindest vorliegenden Daten zufolge

(etwa hbs 2016), bereits in diesen Jahren im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern deutlich ruhiger.[14]

Es zeigen sich aber auch Hinweise auf Diskontinuitäten. So werden Brandenburg und Berlin, aus denen für Mitte der 2010er Jahre ein ausgeprägtes Protestaufkommen berichtet wurde, in dieser Erhebung in 2023 nicht mehr als Schwerpunktregionen erkennbar.

Weitere Unterschiede sowohl im regionalen als auch im zeitlichen Vergleich zeigen sich hinsichtlich der beteiligten Protestakteure, die Gegenstand des nächsten Abschnitts sind.

Protestakteure

Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Proteste wurden in den Interviews vor allem Angaben zu den verschiedenen Protestmilieus gemacht; zur sozio-demografischen Zusammensetzung (Alter, Geschlecht, sozio-ökonomischer Lage) hatten die Befragten meist keine genaueren Einblicke, weshalb hierzu im Folgenden auch keine Aussagen formuliert werden.

Insgesamt wurden drei verschiedene Gruppen benannt, aus denen sich – in regional unterschiedlichen Konstellationen – die Proteste zusammensetzten.

Lokale Bevölkerung ohne spezifische Protestmilieu-Anbindung: Bei der ersten Gruppe handelt es sich um Personen, die sich aus der lokalen Bevölkerung, vor allem aus unmittelbaren Anwohner*innen von (geplanten) Unterkunftsstandorten, rekrutieren und bei denen keine feste Anbindung an bestimmte politische Gruppen oder Szenen erkennbar wird. Als Motive dieser Protestakteure wurden einmal konkrete Raumnutzungskonflikte genannt, etwa im Falle von umgenutzten oder zur Umnutzung vorgesehenen Turnhallen oder Büroräumen sowie aufgrund von ungeeigneten Räumlichkeiten und Überbelegungen und daraus resultierenden Belastungen (vor allem Lärm). Als eine zweite Motivgruppe wurden

[14] *Einschränkend ist hier anzumerken, dass die Erfassungskriterien nur bedingt vergleichbar sind (und teilweise in den vorliegenden Quellen zu 2015 auch nur begrenzt nachvollziehbar).*

Ängste, Überforderungswahrnehmungen und vorhandene Ressentiments benannt, die vor allem bei geplanten Neuerrichtungen greifen würden.

In mehreren Interviews wurde angemerkt, dass es gerade zu dieser Akteursgruppe an tieferen Einblicken mangele und dass es insbesondere an Wissen zu den sozialen Hintergründen und den Engagement-Verläufen dieser Akteure fehle (vergleiche auch „Forschungsbedarf“).

(ehemalige) Corona-Protest-Milieus: Als eine zweite Gruppe wurden die noch verbliebenen Corona-Protest-Milieus bzw. aus diesen hervorgegangene Szenen benannt. Hierzu wurde interviewübergreifend konstatiert, dass – anders als in der Anfangszeit der Coronamaßnahmen-Proteste – in den weiterhin aktiven Gruppierungen dieses Milieus das Thema „Fluchtmigration“ inzwischen Eingang gefunden habe, und zwar unter Übernahme der Rahmungen und Positionierungen von Rechtsaußen-Akteuren zu dieser Thematik. In mehreren Interviews wurde diese Entwicklung als eine faktische Ausweitung der gegen Geflüchtete mobilisierbaren Milieus bewertet. Einige Befragte bescheinigten den Corona-Protest-Milieus – in den von ihnen überblickten Regionen – allerdings auch personelle Kontinuitäten, die bis in die Anti-Asylproteste der Jahre 2015 zurück reichten. Sie sahen hier folglich eher unterschiedliche Themen-Konjunkturen bei im Wesentlichen gleichbleibendem Protestpersonal.

Rechtsaußen-Akteure: Eine dritte Gruppe umfasst Akteure unterschiedlicher Rechtsaußen-Gruppierungen. Übereinstimmend wurde hier als eine Veränderung zur damaligen Protestwelle benannt, dass in diesem Milieu inzwischen die AfD beim Themenfeld „Flucht/Migration“ als der zentrale Akteur fungiere. Als weitere in den Protesten aktive Rechtsaußen-Gruppierungen wurden, mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten, die Identitären bzw. ihre Nachfolgeorganisationen sowie die Kleinstpartei „Der III. Weg“, und der Verein „Ein Prozent“ identifiziert. Der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD), die Mitte der 2010er Jahre eine zentrale Kraft im Protestmilieu darstellte, wurde dagegen bescheinigt, im 2023er Protestgeschehen nur noch sehr begrenzt präsent gewesen zu sein. Zurückgeführt wurde dies auf die inzwischen mangelnde regionale Verankerung und Kampagnenfähigkeit der Partei. Eine Ausnahme bei diesem Akteursprofil bildete das Bundesland Sachsen, wo die rechtsextreme Partei „Freie Sachsen“ eindeutig den

Hauptprotestakteur im Rechtsaußen-Lager stellte. Als ein weiteres, länderübergreifendes, Charakteristikum wurde benannt, dass sich Abgrenzungen zwischen der AfD und offen rechtsextremen Akteuren im heutigen Protestgeschehen deutlich weniger als noch in 2015 zeigen und die AfD inzwischen vor Ort offen mit dezidiert rechtsextremen Akteuren, etwa den Identitären oder den Freien Sachsen, zusammen agiere.

Rolle von Rechtsaußen-Akteuren

Unterschiedlicher Stellenwert: Die Bedeutung, welche Akteuren aus dem Rechtsaußen-Spektrum im Protestgeschehen zukam, stellte sich für die erfassten Bundesländer sehr unterschiedlich dar. Während für manche Regionen konstatiert wurde, dass Rechtsaußen-Akteure „nicht so hegemonial" (Int11, Z. 158) gewesen seien, wurde ihnen andernorts bescheinigt, dass sie dort als „Hauptakteur" (Int8, Z. 90) in den organisierten Protestmanifestationen fungierten.

Verschiedene Rollen: Auch nahmen Rechtsaußen-Akteure den Schilderungen zufolge regional unterschiedliche Funktionen im Protestgeschehen ein. So wurde ihnen für manche Regionen attestiert, dass sie dort für die Initiierung von Protesten eine aktive Rolle spielten. Aus anderen Regionen wurde dagegen berichtet, dass Akteure aus diesem politischen Spektrum vor allem an Proteste der lokalen Bevölkerung anzudocken versuchten und dass sie dort, wo sie Proteste selbst initiierten, eher nur das eigene Klientel erreichen.

Divergierendes Vorgehen: Darüber hinaus zeigte sich ein unterschiedliches Agieren von Rechtsaußen an verschiedenen Proteststandorten: Zum einen ein offenes, offensives Auftreten unter dem eigenen Partei- bzw. Gruppenlabel; zum anderen Formen des verdeckten Agierens, wie die Beteiligung als Privatperson oder die Gründung von Bürgerinitiativen ohne Verweis auf Organisationshintergründe.

Ein offenes Vorgehen wie auch eine initiierende Rolle für Proteste zeigten sich eher in Regionen mit verankerten Rechtsaußen-Strukturen oder/und einer starken Tradition geflüchtetenfeindlicher Proteste. Ein Interviewter schilderte außerdem die Beobachtung, dass in kleineren Vor-Ort-Protesten eher verdeckt agiert werde. Als ein Faktor wurden auch bevorstehende

Wahlen benannt: Speziell die AfD nutze das Mobilisieren zu Protesten gegen Geflüchtetenunterbringung gezielt als Wahlkampfstrategie, um im öffentlichen Raum Präsenz zu zeigen.

Als ein Unterschied zu den Protesten Mitte der 2010er Jahre wurde in verschiedenen Interviews benannt, dass Demonstrationen und Kundgebungen damals ganz überwiegend von rechtsextremen Akteuren initiiert gewesen seien. Dagegen würden diese Aktionsformen heute häufiger auch von der sogenannten ‚Normalbevölkerung' ausgehen. In einigen Interviews wurde allerdings auch konstatiert, dass es – wegen der geschilderten Camouflage-Strategie, aber auch wegen schwindender inhaltlicher Abgrenzungen – zunehmend schwieriger werde, zwischen den verschiedenen Akteursgruppen und ihren jeweiligen Rollen in den Protesten zu differenzieren. Denn es sei heute nicht mehr so, „dass man sagen kann, das ist eine klassische Kundgebung von einer rechten Gruppe XY, das ist eine klassische Kundgebung von einer verschwörungstheoretischen Gruppe oder dass es die Gruppe XY, die da demonstriert. Das ist halt heute aus unserer Sicht gar nicht mehr richtig möglich, weil sich das so extremst vermischt und auch gar keine Berührungsängste bestehen" (Int6, Z. 248–252).

Abgrenzungen von Rechtsaußen

Regionale Unterschiede: Ob und in welchem Maße sich andere Protestakteure von diesen Rechtsaußenakteuren abgrenzten, war den befragten Expert*innen zufolge ebenfalls regional sehr verschieden: Das berichtete Spektrum reichte von Regionen, in denen Akteure aus der sogenannten ‚normalen Bevölkerung' überwiegend keine Probleme hatten, auch mit offen erkennbaren Rechtsaußen-Gruppierungen gemeinsam zu agieren bis zu Regionen, in denen erkennbare Andockversuche von AfD und anderen in der Regel nicht erfolgreich waren. Hier zeigten sich sowohl Differenzen zwischen den Bundesländern, als auch lokal spezifischer innerhalb einzelner Länder.

Akteursspezifik: Erkennbar wurde zudem, dass die Frage der Abgrenzung auch stark davon abhängt, um welche Rechtsaußen-Akteure es sich jeweils handelt. So wurde übergreifend konstatiert, dass Berührungsängste gegenüber der AfD in der Bevölkerung deutlich geringer ausgeprägt seien als gegenüber dem traditionellen Rechtsextremismus, da die AfD

inzwischen von breiten Bevölkerungsgruppen als Teil des etablierten, bürgerlichen Politikspektrums wahrgenommen werde. Diese Entwicklung wurde mit Blick auf zukünftige Protestmobilisierungen auch als ein relevanter Mobilisierungstreiber erachtet.

Entwicklung seit 2015: Darüber hinaus zeigten sich regional unterschiedliche Entwicklungsverläufe, den damaligen und heutigen Umgang mit Rechtsaußen betreffend. So wurde der Gruppe, die sich in 2023 durch ein besonders erhöhtes Protestaufkommen auszeichnete, ein gemeinsames Agieren in Protesten bereits für Mitte der 2010er Jahre attestiert (wobei für zwei der drei Länder allerdings auch betont wurde, dass Rechtsaußen-Akteure damals weniger offen agierten und somit für andere Protestteilnehmende schwerer erkennbar waren). Aus der Mehrheit der Länder im Sample wurde dagegen berichtet, dass die Protestgruppen in den damaligen Protesten noch deutlich getrennt(er) agierten und Rechtaußen-Akteure bei Protestmärschen häufig unter sich blieben, während die Bevölkerung vor Ort in diesen Jahren ihren Protest vor allem in Bürgerversammlungen artikulierte.

In den bisherigen Abschnitten wurden die Konturen der Protestlandschaft für 2023 und im Vergleich zu 2015 bis 2017 ausgeleuchtet. Im Folgenden werden Faktoren vorgestellt und diskutiert, die von den Expert*innen als Proteste befördernd beziehungsweise Protesten entgegenwirkend benannt wurden.

Anlässe für Protest

Wenig Protest gegen laufenden Unterkunftsbetrieb: Mit Blick auf die Frage, woran sich Proteste gegen Geflüchtetenunterbringung entzünden, lautete ein interviewübergreifender Befund, dass diese sich eher selten auf den laufenden Unterkunftsbetrieb und damit verbundene Konflikte beziehen. Den Erfahrungen der Befragten zufolge ist eher das Gegenteil der Fall: dass ein im Vorfeld sich entwickelndes Protestgeschehen nach Inbetriebnahme einer Unterkunft in den meisten Fällen wieder zum Erliegen kommt. Wenn sich Proteste doch gegen existierende Unterkünfte richteten, waren diese den Expert*innen zufolge fast immer von Rechtsaußen-Akteuren initiiert und wurden von der lokalen Bevölkerung in der Regel wenig unterstützt.

Ausnahmen hiervon bildeten Fälle von ungeeigneter Unterbringung und Überbelegung, die mit Lärm- und Müllproblemen verbunden waren. Diese machten allerdings nur einen kleinen Anteil der berichteten Vorkommnisse aus.

Hauptanlass „geplante Gruppenunterbringung": Als Hauptauslöser für Proteste erwiesen sich dagegen in der Gesamtschau der Interviews der geplante Neubau von Gruppenunterkünften beziehungsweise die erstmalige (Um)Nutzung von bestehenden Gebäuden zur Unterbringung von Geflüchtetengruppen. Die berichteten Vorfälle bezogen sich dabei nicht nur auf größere Sammelunterkünfte, sondern umfassten auch kleinere Gruppenunterbringungen (z. B. in einem Mehrfamilienhaus).

Lehren aus 2015: Ein zentraler Protestanlass in den Jahren 2015 und danach war die Umnutzung von Infrastruktureinrichtungen, vor allem die Belegung von Sporthallen. Aufgrund dieser Erfahrungen sind die Kommunen inzwischen den Expert*innen zufolge bestrebt, solche Belegungen möglichst zu vermeiden. In den (wenigen) Fällen, in denen entsprechende Umnutzungen stattfanden oder auch nur angekündigt wurden, führte dies auch in 2023 regelmäßig zu Protesten.

Protestbefördernde und -hemmende Faktoren

Über die unmittelbaren Protestanlässe hinaus wurden in den Interviews verschiedene unterschiedlich gelagerte Faktoren angeführt, die als relevant dafür erachtet wurden, ob es zu Protesten kommt und wie diese Proteste verlaufen.

Geografische und strukturelle Bedingungen

Dabei handelte es sich einmal um Einflüsse, die aus bestimmten geografischen und strukturellen Gegebenheiten einer Region resultieren:

Nähe zu aktuellen Fluchtrouten: Als ein bedeutsamer Faktor wurde hier die grenznahe Lage vor allem zu Polen, aber auch zu Österreich und Tschechien benannt, aus denen in 2023 der größte Anteil an illegalen Grenzübertritten

erfolgte (Mediendienst Integration 2024). Dieser Aspekt wurde insbesondere von Befragten aus Regionen betont, die über eine entsprechende Außengrenze verfügen. Neben konkreten Belastungen für die erstaufnehmenden Bundesländer wurden dabei auch teilweise verunsichernde, Vorbehalte befördernde Erfahrungen thematisiert, die für die Bevölkerung dieser häufig nur dünnbesiedelten, ländlichen Gegenden mit diesem Fluchtgeschehen verbunden seien (nächtliches Aussetzen von Geflüchteten durch Schlepperbanden; Einsätze der Bundespolizei) – Erfahrungen, die durch Rechtsaußen-Akteure vor Ort auch gezielt adressiert würden.

Stadt-Land-Differenzen: Konstatiert wurde zudem eine höhere Resilienz städtischer im Vergleich zu ländlichen Räumen. Zurückgeführt wurde diese zum einen auf eine größere Alltagserfahrung mit Pluralität und Migration aufseiten der städtischen Bevölkerung. Zum anderen sei das Zusammenleben in der Stadt aber auch durch größere Anonymität geprägt, die wiederum mobilisierungshemmend wirke.

Kommunale Wirtschaftskraft, strukturelle und soziale Integrationsfähigkeit: Berichtet wurden aber auch teilweise deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Regionen innerhalb eines Bundeslandes. Neben anderen Aspekten (siehe unten) wurde hier als ein struktureller Erklärungsfaktor die unterschiedliche wirtschaftliche Prosperität von Regionen benannt, die sich in der Qualität der vorhandenen Infrastruktur wie auch des sozialen und kulturellen Gemeindelebens niederschlage. Diese hätten wiederum Einfluss auf die Integrationsfähigkeit einer Gemeinde sowie auf die generelle Politikzufriedenheit und damit auch auf die Protestbereitschaft der lokalen Bevölkerung.

Regionaler Wohnungsmarkt: Als weitere Einflussgrößen wurden die regionale Beschaffenheit des Wohnungs- und Immobilienmarktes und die daraus resultierenden, insbesondere dezentralen Unterbringungskapazitäten benannt. Als bedeutsam erwies sich dieser Faktor besonders in den dichter besiedelten Regionen des Samples.

Agieren von Politik und Verwaltung

Große Bedeutung wurde interviewübergreifend zudem dem politischen Umgang zugesprochen, den Verantwortungsträger vor Ort mit der Thematik

zeigen: Dieses lokalpolitische Agieren wurde als überaus relevant erachtet sowohl für die Entstehung als auch für die Eskalation von Protesten.

Unterbringungspolitik: Angesichts des Umstands, dass sich Proteste vor allem an Neuerrichtungen und Umnutzungen von Gebäuden entzünden, wurden hier einmal unmittelbar unterbringungspolitische Weichenstellungen als bedeutsam erachtet. Genannt wurde zum einen die von einer Kommune gewählte Unterbringungsform: wird, soweit möglich, eine dezentrale Unterbringung angestrebt oder wird primär auf Gruppenunterkünfte gesetzt? Die Erfahrung der Expert*innen war hier, dass in den Regionen, in denen Land und Kommunen sich um dezentrale Unterbringung bemühen, es deutlich seltener zu Protesten kommt. Zum anderen wurde der längerfristige Umgang mit einmal errichteten Unterkünften benannt: Werden diese bei zwischenzeitlicher Nichtbelegung wieder rückgebaut oder veräußert oder werden sie weiterhin vorgehalten, so dass auch bei kurzfristig höherem Bedarf Kapazitäten zur Verfügung stehen?

Kommunikation und Positionierung: Große Bedeutung wurde des Weiteren der Gestaltung der Kommunikation im Falle einer geplanten Geflüchtetenunterbringung zugewiesen. Hier wurde zum einen ein guter Informationsfluss zwischen Land und Kommune hervorgehoben. Zum anderen wurde in den Interviews die Notwendigkeit einer frühzeitigen und transparenten Information der Bevölkerung betont, geplante Unterbringungen – und hier besonders: nicht dezentrale Belegungen – betreffend. Hierzu wurden auch diverse Beispiele benannt, in denen sich eine mangelnde oder intransparente Kommunikation als Eskalationstreiber erwiesen oder umgekehrt eine frühzeitige und transparente Informationspolitik zu einem konfliktfreien Verlauf beigetragen habe. Als hilfreich wurde in diesem Zusammenhang eine fundierte Vorbereitung und Konzeption von Bürgerversammlungen zum Thema erachtet, die bei Bedarf fachliche Expertise zum Thema einbezog.

Als ein bedeutsamer, Protesten entgegenwirkender, Faktor wurde zudem benannt, wenn sich politisch Verantwortliche vor Ort deutlich im Sinne einer moralischen und rechtlichen Verantwortung positionieren und den politischen Willen kommunizieren, diesen Prozess konstruktiv zu gestalten. Als sehr problematisch wurden dagegen eine eigene ablehnende Positionierung der Lokalpolitik sowie die Verantwortungsdelegation an andere

politische Ebenen erachtet. So bilanzierte eine*r Befragte*r, dass Äußerungen von Politiker*innen, sie würden die Unterbringung „eigentlich auch nicht wollen oder auch nicht wissen, wie, und das hätte jemand anders entschieden und man müsse es jetzt halt umsetzen, dass das nicht unbedingt förderlich war für die Stimmung vor Ort“ (Int2, Z. 923–925). Ein solches Verhalten sei faktisch, so ein*e andere Befragte*r, eine „Steilvorlage“ (Int8, Z. 418) für Rechtsaußen-Akteure.

Als protestbefördernd wurde aber auch gewertet, wenn ein unkritisches, einseitiges Verständnis für Proteste und geäußerte Vorbehalte formuliert werde, da dies einem „Legitimieren“ (Int6, Z. 414) und faktischen Bestärken solcher Positionen gleichkäme.

Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft: Als ein weiterer Punkt wurde eine möglichst frühzeitige Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure hervorgehoben, um Unterstützungs- und Integrationsmaßnahmen gemeinsam zu entwerfen und um idealerweise bereits im Vorfeld einer Unterbringung auf geplante Aktivitäten verweisen zu können. Die Einbindung dieser Akteure – etwa von lokalen Sportvereinen, aber auch von Pro Asyl oder ehrenamtlichen Helferkreisen – in Bewohnerveranstaltungen trage erfahrungemäß zu einem konstruktiveren Verlauf dieser Treffen bei. Denn so ließe sich die Diskussion statt auf Befürchtungen und Vorbehalte stärker auf die konkrete Integrationsgestaltung fokussieren und damit „gewissen Protesten auch den Wind aus den Segeln nehmen“ (Int11, Z. 96).

Lessons Learned? Bei vielen der hier genannten Punkte handelt es sich um Aspekte, die bereits im Kontext der Protestwelle 2015 bis 2017 in Expertisen und Praxisempfehlungen herausgearbeitet wurden (Aumüller et. al., 2015; Sauer & Vey, 2015; Dürr, 2016). Auch von den befragten Expert*innen wurde wiederholt auf die aus dieser Zeit vorliegenden Erfahrungen Bezug genommen. Vor allem mit Blick auf die kommunikative Gestaltung des Prozesses wurde Politik und Behörden im Umgang mit diesen Erfahrungen jedoch ein sehr unterschiedliches Zeugnis ausgestellt: In manchen Regionen wurde den regionalen und lokalen Akteuren bescheinigt, diese Erfahrungswerte zu berücksichtigen und inzwischen entweder selbst über entsprechende Expertise zu verfügen oder aber die vorhandene Expertise Dritter (etwa von Mobilen Beratungsteams) einzubinden. Für andere Regionen wurde dagegen von den Expert*innen diagnostiziert, dass „aus

2015, aus der Fluchtbewegung, die Gemeinden und auch die Landratsämter wenig gelernt haben“ (Int6, Z. 674–676), dass Verwaltungen bei der Gestaltung von Veranstaltungen „ihren üblichen Fehler“ (Int11, Z. 84–85) machen würden, keine zivilgesellschaftlichen Akteure einzubeziehen oder auch, dass „die hervorragenden Konzepte, die sie zum Teil als Kommune auch 2015/16 für sich erarbeitet haben, […] irgendwo in der Schublade [liegen]“ (Int2, Z. 764–774).

Vorgängige Konflikte im Gemeinwesen

Von zwei Befragten wurde zudem die Einschätzung formuliert, dass Proteste, die von der lokalen Bevölkerung ausgehen, nicht selten auch Ausdruck und Folge einer bereits vorhandenen Konflikthistorie sind. Das Thema „Geflüchtetenzuzug“ fungiere in diesen Fällen als Katalysator für das (Wieder)Aufbrechen anders gelagerter Konflikte und bereits länger existierender Friktionen in einem Gemeinwesen. Das zeige sich etwa darin, dass bei kommunalen Informationsabenden zu einer geplanten Geflüchtetenunterkunft teilweise auch ganz andere, auf den ersten Blick sachfremde Themen von den Teilnehmenden problematisiert würden. Andererseits könne für den Verlauf solcher Prozesse auch eine Rolle spielen, inwiefern eine Gemeinde bereits „konfliktgeübt“ (Ergebnisdiskussion, Z. 246) sei, also über positive Vorerfahrungen in der Bearbeitung von Konflikten verfüge.

Rolle der Medien

Eine Proteste potenziell befördernde und befeuernde Rolle wurde in einzelnen Interviews auch den Medien zugeschrieben. Benannt wurden hier Fälle, in denen (vor allem in lokalen Medien) eine dramatisierende Berichterstattung stattfand oder problematisierenden lokalpolitischen Positionen sehr einseitig eine Plattform gegeben wurde. Als eine grundsätzliche Problematik wurde zudem die Logik medialer Aufmerksamkeit benannt, die für Kommunen in schwieriger Lage eine „überstarke Responsivität“ (Int9, Z. 321) erzeuge. „Kommunen, in denen die Unterbringung gut läuft, gut gemanaget wird, in denen Konzepte von 2016 fortgeführt werden, langfristige Strategien entwickelt wurden“, seien dagegen medial wenig präsent „weil da gibt es eben nichts Spannendes zu berichten, sondern da wohnen Leute in Häusern und alles funktioniert und es gibt ein gutes Miteinander und da gibt es eben nichts, worüber man berichten kann“ (Int9, Z. 323–329).

Rechtsaußen-Szenen vor Ort

Als bedeutsam dafür, ob Proteste sich verstetigten, ob sie überregionale Ausstrahlung entfalteten und wie sehr sie eskalierten, wurde zudem die Existenz und Stärke organisierter Rechtsaußen-Akteure im Ort selbst oder in der Region gewertet (hier zeigte sich erneut eine Parallele zu den Corona-Protesten, vgl. Glaser, 2023).

Zivilgesellschaftliches Gegen-Engagement

Als ein Protesten entgegenwirkender Faktor wurde wiederum das Vorhandensein zivilgesellschaftlicher Kräfte erachtet, die sich pro Geflüchtete positionieren. Betont wurde hier einmal das zeitnahe und wahrnehmbare Artikulieren von Gegenpositionen im Falle aufkommender Proteste, etwa durch öffentliche Statements von Personen der Stadtgesellschaft oder auch durch Gegenkundgebungen. Gefragt nach Beispielen für positive Verläufe wurde in mehreren Interviews eine frühzeitige Entwicklung solchen Gegenprotests als ein Merkmal von Protesten beziffert, die nicht eskalierten und schnell wieder zum Erliegen kamen.

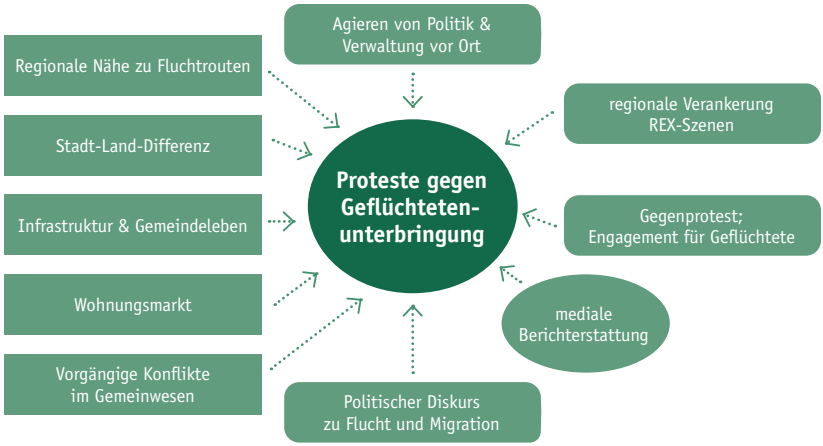
Ein wichtiger Beitrag wurde aber auch der Existenz zivilgesellschaftlicher Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete zugewiesen: Zum einen würde sich Gegenprotest häufig aus diesen Strukturen mit speisen; zum anderen trügen zivilgesellschaftliche Integrations- und Hilfsangebote dazu bei, Vorbehalten in der ansässigen Bevölkerung entgegenzuwirken (siehe auch ‚Agieren von Politik und Verwaltung'). Zudem böten diese Aktivitäten Möglichkeiten zur konkreten Begegnung und damit zum Abbau von Vorurteilen auch bei Personen, die potenziell ansprechbar für Mobilisierungen gegen Geflüchtete seien.

Gesellschaftlicher Diskurs: Als ein wesentlicher Einflussfaktor wurde schließlich von allen Befragten ein grundlegender Wandel des gesamtgesellschaftlichen Diskurses zu Migration und Geflüchteten identifiziert. Aus Sicht der Expert*innen ist dieser Diskurs heute in weiten Teilen von Wahrnehmungen der Überlastung und Überforderung sowie von Forderungen nach Zuzugs- und Leistungsbegrenzungen geprägt; Geflüchtete würden dabei kaum noch als Hilfesuchende, sondern vor allem als Belastung und Bedrohung thematisiert. Diese gesellschaftliche Stimmung wurde auch als einer der Hauptunterschiede

zur Situation in 2015 benannt. Denn in 2015 habe es zwar einerseits viele, auch eskalierte, Proteste gegen den Zuzug und die Unterbringung von Geflüchteten gegeben; andererseits seien aber auch eine große Hilfsbereitschaft in breiten Bevölkerungsgruppen und vielerorts großer Gestaltungswille in Politik und Verwaltung vorhanden gewesen. Ein*e Expert*in fasste diese Veränderung so zusammen: „Also damals die Zeit 14,15,16 kann man vielleicht unter der Überschrift ‚Wir schaffen das' schon titulieren und die Zeit heute würde ich titulieren ‚Wir wollen das nicht mehr schaffen'" (Int11, Z. 444–446).

Diesem diskursiven Klima wurde zum einen eine direkt protestbefördernde Wirkung zugesprochen; zum anderen wurde es auch als einer der Gründe für die im Vergleich zu 2015 geringe zivilgesellschaftliche Gegenpositionierung gegen diese Proteste benannt.

Proteste beeinflussende Faktoren



Vergleichende Analyse von Protestkonstellationen

Die genannten Faktoren wurden von den Expert*innen basierend auf Beobachtungen und langjährigem Erfahrungswissen formuliert. Ob und inwiefern sich diese Experteneinschätzungen auf einer breiteren empirischen Basis erhärten lassen, wäre in vertiefenden Studien mit anderen

methodischen Designs zu prüfen. In Bezug auf zwei der benannten Faktoren zeichneten sich allerdings im vergleichenden Blick auf die berichteten Konstellationen Muster ab, die zumindest erste Hinweise auf mögliche Zusammenhänge liefern.

Engagement von Rechtsaußen-Akteuren: So wurden in Regionen, für die ein generell geringes Protestaufkommen zum Thema konstatiert wurde, auch keine Demonstrations- und Kundgebungsaktivitäten aus dem Rechtsaußen-Lager zu dieser Thematik beobachtet. Aus Regionen, aus denen ein besonders starkes allgemeines Protestaufkommen vermeldet wurde, wurde dagegen berichtet, dass AfD und regional verankerte Rechtsextreme das Bekanntwerden von Unterbringungsplänen systematisch zur Mobilisierung nutzten. Dies ist einerseits als Hinweis lesbar, dass Rechtsaußen-Akteure dieses Thema sehr strategisch besetzen und dort, wo sie keinen entsprechenden Resonanzraum in der Bevölkerung wahrnehmen, auf Mobilisierungsversuche verzichten. Es könnte aber auch auf einen Zusammenhang zwischen allgemeiner Proteststärke und den Aktivitäten von Rechtsaußen-Akteuren verweisen – dahingehend, dass Letzteren eine insgesamt protestfördernde Funktion zukommen kann.

Relevanz zivilgesellschaftlichen Gegen-Engagements: Hinweise auf potenzielle Zusammenhänge zeigten sich auch mit Blick auf die Präsenz und Stärke zivilgesellschaftlicher Gegenaktivitäten. So wurde aus jenen Regionen, denen ein deutlich erhöhtes und zum Teil auch sehr eskaliertes Protestaufkommen attestiert wurde, nur von vereinzelten Gegenprotesten berichtet. Die Teilnehmenden dieser Gegeveranstaltungen blieben zudem häufig deutlich in der Minderzahl. Auch wurde von Befragten aus diesen Regionen ein sehr starker Rückgang oder gar ein Wegbrechen von Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete problematisiert. Auf der anderen Seite wurde für Regionen, in denen von deutlich wahrnehmbarem zivilgesellschachtlichem Gegenprotest berichtet wurde, ein entweder geringes oder nur leicht erhöhtes Protestgeschehen benannt. Zugleich waren dies Regionen, in denen zwar auch ein Rückgang von Unterstützergruppen beobachtet wurde, denen jedoch grundsätzlich weiterhin vorhandene und tragfähige Engagementstrukturen zur Unterstützung Geflüchteter bescheinigt wurden.

Vielschichtige Ursachenkonstellationen: Deutlich wurde aber auch, dass es sich bei den oben skizzierten Zusammenhängen nicht um monokausale

Determinismen handelt. So wurde auch von Regionen berichtet, in denen es zwar ein Rechtsaußen-Engagement gegen Geflüchtetenunterbringung und wenig zivilgesellschaftliches Gegenengagement gab, es aber dennoch nicht zu breit getragenen Protesten kam. Als ein markanter Unterschied zu Regionen mit erhöhtem Protestgeschehen erwies sich hier das Vorhandensein ausreichender Unterbringungskapazitäten. Umgekehrt fanden sich auch Konstellationen im Sample, in denen Rechtsaußen-Akteure kaum oder zumindest nicht erkennbar engagiert waren, es aber dennoch verstärkt zu teils auch eskalierten Protesten kam. Dabei handelte es sich um Fälle mit ausgeprägten Nutzungskonflikten (zum Beispiel die geplante Belegung von Turnhallen).

Insgesamt verweisen das Spektrum genannter Einflussfaktoren wie auch die geschilderten Fälle darauf, dass die Konstellationen, aus denen heraus sich Proteste gegen Geflüchtetenunterbringung entwickeln, unterschiedlich gelagert sein können. Ebenso wird deutlich, dass die hier relevanten Prozesse vielschichtig sind und dass bei der Entstehung wie auch beim Ausbleiben von Protesten im Zusammenhang mit Geflüchtetenunterbringung stets eine Kombination der benannten Einflussfaktoren zusammenkommen. Für ein fundiertes Verständnis und die produktive Bearbeitung von lokalen Protesten gegen Geflüchtetenunterbringung bedeutet dies, dass es stets einer kontextspezifischen Analyse der in einem konkreten Fall vorliegenden Konstellationen und Einflussfaktoren bedarf.

Längerfristige Auswirkungen

Über die unmittelbaren Auswirkungen auf die Adressat*innen von Bedrohungen oder auf das Klima in Gemeinwesen hinaus wurden in den Interviews eine Reihe möglicher Folgewirkungen dieses Protestgeschehens benannt.

Weitere Erosion des Engagements für Geflüchtete: In mehreren Interviews wurde berichtet, dass ehrenamtliche Unterstützung für Geflüchtete – wenn auch in regional unterschiedlichem Maße – erkennbar im Rückgang sei. Neben Erschöpfungserscheinungen infolge langjährigen Engagements wurden hierfür auch erlebte oder befürchtete Bedrohungen von Ehrenamtlichen benannt sowie das generelle Erleben der Engagierten, dass ihr Engagement in breiten Gesellschaftskreisen nicht mehr gewünscht sei.

Ein*e Interviewte brachte dies mit den Worten auf den Punkt: „wenn man sich heute da engagiert für dieses Thema, dann hat man im Prinzip gefühlt nicht mehr so viele Freunde“ (Int7, Teil2, Z. 475–476).

Dieser von den Expert*innen konstatierte Rückzug von Ehrenamtlichen aus der Geflüchtetenhilfe ist nicht nur deshalb problematisch, weil den Gemeinden damit wertvolle Ressourcen für die Integrationsarbeit verloren gehen. Zugleich erodieren damit auch soziale Milieus, die potenziell – so legen es zumindest die Ergebnisse dieser wie auch einer früheren Erhebung[15] nahe – ein Gegengewicht zu eskalierenden Protesten um Geflüchtetenzuzug bilden und damit als ein Element sozialräumlicher Resilienz gegenüber Radikalisierungen zu fungieren vermögen.

Ein Übergriffe auf Geflüchtete beförderndes Klima: In der Validierungsrunde wurde des Weiteren die Einschätzung formuliert, dass Proteste gegen Geflüchtetenunterbringung zu einem gesellschaftlichen Klima im Sozialraum beitragen, aus dem heraus auch gewalttätige Übergriffe gegenüber Geflüchteten wahrscheinlicher werden. Befördernde Auswirkungen des aktuellen sozialräumlichen Klimas auf rassistisches (Gewalt)handeln werden auch in der wissenschaftlichen Fachliteratur diskutiert (z. B. Mullies 2024); auch konnten diverse, methodisch unterschiedliche Studien bereits zeigen, dass ablehnende Haltungen des sozialen Umfelds gegenüber ‚Fremden‘ einen bestärkenden Einfluss auf die Existenz gewalttätiger rechtsextremer Gruppen ebenso wie auf das Begehen von Hassverbrechen seitens nicht-rechtsextremer Akteure haben. (Held et al., 2008; Pinderhughes, 1993; Siegel, 2022; Wahl, 2001).

Weitere Etablierung von Rechtsaußen: In den Interviews wurden zudem Einschätzungen dahingehend formuliert, dass Rechtsaußen-Akteure, und hier insbesondere die AfD, diese Proteste für eine weitere Etablierung ihrer Positionen nutzen konnten. So berichtete eine Befragte von einer Gemeinde in ihrer Region, in der sich die Partei sehr stark in das lokale Protestgeschehen um die geplante Errichtung einer Unterkunft eingebracht hatte. Bei den folgenden kommunalen Wahlen traten aus dieser relativ kleinen Gemeinde gleich drei Personen auf der AfD-Liste

[15] *Dass zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete Protesten vorbeugt, war auch eines der Ergebnisse einer auf Expertenbefragungen und Dokumentenanalysen basierenden Studie aus dem Jahr 2015 (Aumüller u. a., 2015).*

an, die zuvor parteipolitisch noch nicht in Erscheinung getreten waren. Verschiedene Befragte bewerteten zudem das teilweise Zusammengehen von lokaler Bevölkerung und Rechtsaußen-Akteuren in diesen Protesten als Fortführung von Ent-Tabuisierungs- und Normalisierungsprozessen im Umgang, die in den Coronaprotesten ihren Anfang nahmen.

Handlungs- und Forschungsbedarf

Politische Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund ihrer (positiven wie negativen) Erfahrungen mit lokalen Unterbringungsdebatten und -prozessen formulierten die Expert*innen auch eine Reihe von Überlegungen, wie sich der politische Umgang mit dem Thema „Geflüchtetenunterbringung" besser gestalten ließe, um konflikthaften Entwicklungen auf lokaler Ebene weniger Ansatzpunkte zu bieten. Besonders betont wurden dabei folgende Punkte:

Politischer Diskurs: Als zentral erachtet wurde eine wieder stärkere und eindeutige Positionierung der politisch Verantwortlichen für das in der Verfassung verankerte Recht auf Asyl sowie für die Notwendigkeit und den Willen, die damit verbundenen Anforderungen konstruktiv zu gestalten. Die Anforderung, den Diskurs entsprechend neu auszurichten, wurde dabei sowohl für die lokale und regionale als auch für die Bundesebene formuliert.

Längerfristiges Handeln: Plädiert wurde zudem für die Entwicklung eines weniger reaktiven, längerfristiger ausgerichteten Zuzugs- und Integrationsmanagements. Benannt wurde hier einmal das längerfristige Vorhalten von Unterkünften. Auch sollten Kommunen frühzeitiger wissen, wie sich zugewiesene Gruppen zusammensetzen, um entsprechend informieren sowie Integrationskonzepte entwickeln zu können. Gefordert wurde zudem der Abbau bürokratischer Hürden, etwa in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten.

Positive Sichtweisen stärken: Für wichtig wurde auch erachtet, gelingende Prozesse besser sichtbar zu machen, etwa indem in der öffentlichen

Kommunikation stärker auch gezielt positive Integrationsbeispiele herausgestellt werden. Auf einer übergeordneten Ebene wurde zudem als politische Aufgabe formuliert, eine positive Vision des Zusammenlebens in einer Kommune, aber auch in der Gesamtgesellschaft zu entwickeln.

Forschungsinteressen

In mehreren Interviews wurde ein Mangel an Wissen zu bestimmten Dimensionen der Proteste thematisiert. Die Frage nach Wissens- und Forschungsbedarf wurde zudem allen Befragten abschließend gestellt. In der Gesamtschau wurden dabei Schwerpunkte auf folgende Aspekte gelegt:

Nicht-rechte Teilmilieus: Ein generelles Wissensdefizit wurde mit Blick auf Protestteilnehmende konstatiert, die nicht dem politischen Rechtsaußen-Spektrum (AfD, neonazistische Akteure) angehören. Dabei wurde insbesondere Wissensbedarf zu den Hintergründen, Protestmotiven und Protestbiografien der protestierenden Wohnbevölkerung benannt. Weiteres Interesse galt den Akteuren der (ehemaligen) Corona-Protest-Milieus. Hier interessierte einmal die Frage, welche dieser Teilmilieus in Protesten gegen Geflüchtete weiter präsent sind. Eine weitere Frage lautete, inwiefern dieses thematisch neue Engagement mit inhaltlichen Transformationen, insbesondere in den esoterisch-alternativen Protestspektren, verbunden sei.

Protest- und Deeskalationsdynamiken: Ein grundsätzlicher Bedarf wurde zudem nach mehr empirisch fundiertem Wissen zu Protestdynamiken in diesem spezifischen Themenfeld benannt. Das Interesse galt dabei sowohl Proteste befördernden als auch diesen entgegenwirkenden Aspekten. Mit Blick auf Letztere wurde konkret vorgeschlagen, die Effekte von Dialogveranstaltungen wissenschaftlich genauer zu beleuchten.

Engagement für Geflüchtete: Ein Interesse wurde zudem an Studien formuliert, die dem beobachteten Rückgang der ehrenamtlichen Unterstützung für Geflüchtete empirisch und vertiefend nachgehen, um dessen Ursachen auszuloten und Ansatzpunkte für mögliche Gegenstrategien zu identifizieren.

Zusammenfassung und Fazit

Die Befragung der feldkundigen Expert*innen zeigte für das Jahr 2023 ein Protestaufkommen zum Thema „Geflüchtetenunterbringung", das zwar insgesamt deutlich geringer ausgeprägt war als in den Jahren 2015 bis 2017, das jedoch in einzelnen Regionen einen erkennbaren Anstieg gegenüber den Vorjahren verzeichnete und neben legitimen, demokratisch orientierten Facetten auch verschiedene problematische, demokratie- und menschenfeindliche Dimensionen enthielt.

Dabei wurde insbesondere der Bedrohung von Amtsträger*innen und Ehrenamtlichen eine im Vergleich zu früheren Protesten intensivierte Qualität zugesprochen; Protestmärschen und Kundgebungen wurde dagegen ein geringerer Stellenwert als in der damaligen Protestwelle bescheinigt.

Auffällig war die regional sehr unterschiedliche Ausprägung dieses Protestgeschehens, vor allem das Ausmaß, aber auch die Protestbeteiligten betreffend. So zeigten sich Schwerpunktregionen des Protests in geografisch östlich gelegenen Bundesländern, einschließlich Bayern. Es wurde aber auch innerhalb einzelner Bundesländer ein regional sehr divergierendes Protestaufkommen konstatiert.

Als Protestauslöser erwiesen sich vor allem Neueinrichtungen von (auch zahlenmäßig kleinen) Gruppenunterkünften, während dezentrale Belegung ebenso wie laufende Einrichtungsbetriebe selten als Protestanlässe fungierten.

Als Faktoren, die die Entstehung und den Verlauf dieser Proteste beeinflussen, wurden neben soziokulturellen und strukturellen Aspekten auch die Präsenz und das Handeln verschiedene Akteursgruppen identifiziert: So wurde der regionalen Verankerung von Rechtsaußen-Akteuren und Post-Coronaprotest-Milieus ein protestbefördernder und -eskalierender Effekt zugesprochen. Dem gegenüber wurde zeitnahen Gegenprotesten, aber auch dem ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete, eine Protesten vorbeugende und diese beruhigende Qualität bescheinigt – eine Einschätzung, die auch durch die vergleichende Analyse der jeweils berichteten Konstellationen vor Ort gestützt wird. Betont wurde von den

Expert*innen zudem der Einfluss, den vor Ort Verantwortliche aus Politik und Verwaltung durch Gestaltung und Kommunikation des Prozesses auf das Protestgeschehen haben.

Wie auch in 2015 spielten Rechtsaußenakteure eine nicht unerhebliche Rolle in diesen Protesten. Als ein markanter Unterschied zur früheren Protestwelle wurde erkennbar, dass im beteiligten Rechtsaußen-Lager sich die AfD inzwischen als zentraler Akteur etablieren konnte und die NPD in dieser Rolle abgelöst hat. Gleichzeitig und damit verbunden zeigte sich ein im Vergleich zu damals – wenn auch in regional unterschiedlichem Maße – verstärktes Zusammengehen dieses Protestspektrums mit den Bewohnerprotesten vor Ort.

Mit den zwischenzeitlich gesunkenen Ankunftszahlen von Geflüchteten ist dieses Protestgeschehen in 2024 wieder deutlich zurückgegangen. Es spricht jedoch Einiges dafür, dass manche Facetten dieser Proteste auch über das unmittelbare Protestgeschehen hinaus Auswirkungen in den Gemeinwesen haben – indem sie dazu beitrugen, demokratisches Engagement vor Ort zu schwächen und indem zumindest an manchen Orten ein Klima entstand, in dem sich auch rassistische Gewalttäter bestärkt fühlen könnten. Nicht zuletzt erwies sich das untersuchte Protestgeschehen als ein Protestfeld, in dem – wenn auch in regional sehr unterschiedlichem Maße – Abgrenzungen zu Rechtsaußen-Akteuren weiter erodierten und teilweise auch eine weitere gesellschaftliche Etablierung dieser Akteure und ein weiteres „diskursives Mainstreaming“ (Völker et al., 2024) ihrer Positionen stattfanden.

Die Erhebung zeigte allerdings auch, dass im Handlungsfeld einiges Erfahrungswissen dazu vorliegt, wie die Unterbringung von Geflüchteten und insbesondere die politische Kommunikation dieses Prozesses gestaltet werden können, um konflikthaften, eskalierenden Verläufen von Protesten entgegenzuwirken und konstruktive Verläufe zu unterstützen. Ebenso wurde jedoch deutlich, dass dieses Erfahrungswissen in den jeweiligen kommunalen Strukturen bisher sehr unterschiedlich verankert ist.

Dieses kommunale Handeln findet zudem vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Debatte um Migration statt, deren aktuell dominante Positionen auch weiterhin wenig geeignet sein dürften, Protesten gegen

Geflüchtetenzuzug und -unterbringung grundlegend entgegenzuwirken. Sollte es im Zuge sich zuspitzender Krisen und Konflikte in den Herkunftsländern wieder zu einem Anstieg der Geflüchtetenzahlen kommen, dürfte deshalb auch erneut mit einer Zunahme an Protesten zu rechnen sein. Es wird dann viel darauf ankommen, wie demokratisch orientierte Kräfte vor Ort gemeinsam agieren, um in diesem schwierigen gesellschaftlichen Konfliktfeld Rechts-Außen-Akteuren nicht weiter Vorschub zu leisten.

Literatur

Aumüller, J., Daphi, P. & Biesenkamp, C. (2015). *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Expertise für die Robert Bosch Stiftung.* ZTG an der TU Berlin in Kooperation mit Institut für Protest und Bewegungsforschung und Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Aufnahme_Fluechtlinge_2015.pdf

Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024). Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Auswertung der Herbstbefragung 2023. *MOTRA-Spotlight, 04/24.* MOTRA.

Bundeskriminalamt (BKA) (2024). *Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand.* https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021). *Landesdemokratiezentren.* https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Broschuere_Landes-Demokratiezentren.pdf

Chung, C. & Bryant, T. (2014). Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Vom „Nein zum Heim!" zu „Hellersdorf hilft!". In „Warum ausgerechnet hier?!". *Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen* (S. 36–44).

Daphi, P. & Vey, J. (2014). *Willkommen oder beschimpft. Eine vergleichende empirische Studie zur (Nicht-)Akzeptanz von Einrichtungen für Asylbewerber/innen in deutschen Kommunen.* Unveröffentlichte Ergebnisse einer TU internen Anschubfinanzierung. http://protestinstitut.eu/projekte/akzeptanz-von-einrichtungen-fur-asylbewerberinnen/

Deutscher Bundestag (2023). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 20/8980 –, Drucksache 20/9293,* 14.11.2023. https://dserver.bundestag.de/btd/20/092/2009293.pdf

Dürr, T. (2016). „...damit die Stimmung nicht kippt". Proaktive Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1,* 73–88. http://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/wp-content/uploads/sites/9/2017/04/ZDgM_Heft-1-16_Inhalt.pdf

Eckardt, F. (2018). *Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen*. Transcript.

Glaser, M. (2023). „Weil das jetzt wirklich in den Mainstream reingeht". Aktuelle Radikalisierungsdynamiken aus Sicht der Praxis. Ergebnisse der regionalen Expert*innenbefragung 2022/2023 (S. 179–209). In Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Büscher, C., Dessecker, A., Hutter, S., & Rieger, D. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021.* MOTRA.

Glaubitz, Ch., Blissener, Th. (2019). Flüchtlingskriminalität – Die Bedeutung des Aufenthaltsstatus für die kriminelle Auffälligkeit. Eine Untersuchung der Deliktbelastung von Geflüchteten in den Jahren 2013 bis 2016. *NK Neue Kriminalpolitik, 31*(2), S. 142–162.

Grande, E., Hutter, S., Hunger, S. & Kanol, E. (2021). Alles Covididioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. *Discussion Paper ZZ 2021-601.* Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Heinrich Böll Stiftung (hbs) (2016). *Wie schaffen die das? Die Flüchtlingspolitik der Länder*, Dossier. https://www.boell.de/de/dossier-fluechtlingspolitik-der-bundeslaender

Held, J., Bibouche, S., Dinger, G., Merkle, G., Schork, C. & Wilms, L. (2008). *Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie.* VSA Verlag.

Helfferich, C. (2004). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews.* VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hess, S., Kasparek, B., Kron, S., Rodatz, M., Schwertl, M. & Noori, S. (Hrsg.). (2016). *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III.*

Hutter, S., Hunger, S., Saldivia Gonzatti, D., Schürmann, L. (2024). *WZB ProtestMonitoring 1950–2023.* WZB.

Imbusch, P. & Steg, J. (2022). Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen – eine Gefahr für die Demokratie. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck Bd. 12* (S. 34–49). IDZ.

Klein, M. (2016). Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen. In D. Wilking & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Einblicke V. Ein Werkstattbuch* (S. 9–54).

Küpper, B. & Bohn, I. (2024). *Editorial. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 1(2024), 5–10.

Mediendienst Integration (2024). *Vier Lehren aus dem ‚Flüchtlingsjahr' 2023*, 12.01.2024. https://mediendienst-integration.de/artikel/vier-lehren-aus-dem-fluechtlingsjahr-2023.html (Abruf: 19.08.2024)

Meyer, F. (2018). Yes, we can(?) Kommunikative Validierung in der qualitativen Forschung. In F. Meyer, J. Miggelbrink & K. Beurskens (Hrsg.), *Ins Feld und zurück – Praktische Probleme qualitativer Forschung in der Sozialgeographie* (S. 106–125). Springer Spektrum.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (2024). *Inhaltliche und methodische Grundsätze.* Bundesverband Mobile Beratung. https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2024/07/BMB_Grundsatzpapier_2024.pdf (Abruf: 19.08.2024)

Mullis, D. (2024). *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten*. Reclam.

Pinderhughes, H. (1993). The anatomy of racially motivated violence in New York City: A case study of youth in Southern Brooklyn. In *Social Problems, 40*(4), 478–492.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V. (2019). *Vielfalt gestalten – Konflikte bearbeiten. Erfahrungen aus Stadt und Land im Kontext von Migration und Integration*. Berlin.

Rucht, D. (2018). Mobilization against refugees and asylum seekers in Germany: a social movement perspective. In S. Rosenberger, V. Stern & N. Merhaut (Hrsg.), *Protest Movements in Asylum and Deportation* (S. 225–245). Springer.

Sauer, M. & Vey, J. (2015). *Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte. Entstehungs- und Eskalationsbedingungen. Zum Stand der Forschung und Einschätzungen zentraler beteiligter Akteure in ausgewählten Regionen. Expertise im Auftrag der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale)* (unveröff. Ms.).

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (2021). *Dialog? Mit wem und in welchem Rahmen? Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zum Umgang mit Protestverhalten in den Kommunen.*

Schreier, M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung, 15*(1), Art. 18.

Scuteri, N. (2016). Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs. In D. Wilking & M. Kohlstruck (Hrsg.), *Einblicke V. Ein Werkstattbuch* (S. 139–154).

Siegel, A. (2022). Akteur*innen rechtsterroristischer Gewalt: Eine Typologisierung im Tatkontext. In Birsl U., Junk J., Kahl, M., Pelzer, R. (Hrsg.) *Inszenieren und mobilisieren. Rechte und islamistische Akteure digital und analog* (S. 159–177). Verlag Barbara Budrich

Steigleder, S. (2008). *Die strukturierende qualitative Inhaltsanalyse im Praxistest*. Tectum Verlag.

Steinhilper, E. & Sommer, M. (2022). Lokale Konfliktdynamiken in der Migrationsgesellschaft. Ergebnisse einer Protestereignisanalyse in zwei ostdeutschen Mittelstädten. In E. Hoffmann & K. Jahnke (Hrsg.), *Protestforschung am Limit? Bewegungsforschung und die Herausforderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse* (S. 145–169). Campus Verlag.

tagesschau.de (2023). *Mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.* https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-fluechtlingsunterkuenfte-anstieg-101.html

Völker, Th. & Saldivia Gonzatti, D. (2024). Discourse networks of the far right: how far-right actors become mainstream in public debates. In *Political Communication, 41*(3), S. 353–372.

Wahl, K. (2001). *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus*. Bundesministerium des Innern.

Walburg, Ch. (2020). Migration und Kriminalität – Erfahrungen und neuere Entwicklungen. In BpB, *Dossier Innere Sicherheit.* https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/301624/migration-und-kriminalitaet-erfahrungen-und-neuere-entwicklungen/#footnote-target-14 (Abruf: 19.08.2024)

Witzel, A. (1982). *Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen* (S. 66 ff). Campus Verlag.